

kann ich damit mich nicht einverstanden erklären; denn wenn er zu deren Unterstützung sich auf §. 48 der Verfassungsurkunde bezieht, weil daselbst bestimmt sei, daß kein Unterthan seinem ordentlichen Richter entzogen werden dürfe, so glaube ich, daß diese Bestimmung eher gegen, als für diese Meinung spricht, denn sie enthält den Nachsatz: „außer in den durch das Gesetz vorausbestimmten Fällen.“ Dadurch scheint allerdings die Möglichkeit gegeben zu sein, auf dem Wege der einfachen Gesetzgebung Ausnahmegerichte einzuführen. Dagegen bin ich mit demselben Redner völlig darin im Einklange, daß auf Grund §. 88 durch Verordnung solche Verfügungen, wie sie bezüglich des Gerichtsstandes die Verordnung vom 7. Mai v. J. enthält, ohne Verfassungsverletzung nicht getroffen werden können.

Präsident Cuno: Wir werden, ehe wir zur speciellen Debatte für die einzelnen Paragraphen übergehen, zunächst Beschluß zu fassen haben über die Verwahrung, welche nach dem Wunsche des Abg. Klinger zu Protocoll niedergelegt werden soll und dahin lautet: „daß sich die Kammer die Prüfung, Berathung und Beschlußfassung über die Frage, inwieweit die Verordnung vom 7. Mai 1849 als verfassungsmäßig zu erachten sei? ausdrücklich vorbehalte und daher durch etwaige Genehmigung dieser Verordnung sich ausdrücklich jenes Vorbehaltes nicht präjudicirt haben wolle.“ Stimmen Sie dem Antrage des Abg. Klinger bei? — Einstimmig Ja.

Berichterstatter Abg. Koch:

§. 1.

Sobald die öffentliche Ruhe, Ordnung oder Sicherheit der Personen oder des Eigenthums durch Widersehung wider die öffentliche Autorität (Art. 105 flg. des Criminalgesetzbuchs), oder Volksauflauf (daselbst Art. 112), oder Aufruhr (ebendaselbst Art. 113 flg.) gestört oder bedroht erscheint, hat bis auf Anordnung der Oberbehörde die Sicherheitsbehörde jedes Ortes von Amtswegen einzuschreiten, nach Befinden alle Volksversammlungen unter freiem Himmel in Gemäßheit der deutschen Grundrechte Art. VII. §. 29 zu verbieten und die sonst noch erforderlichen Maaßregeln zu leiten.

§. 2.

Bedarf sie hierbei zu ihrer Unterstützung bewaffneter Macht, so hat sie, insoweit nicht die von dem nächsten Wachposten der Communalgarde oder des Militärs entsendeten oder requirirten Patrouillen ausreichen, in der Regel zunächst die Communalgarde, und erst dann, wenn auch deren Hülfe sich nicht ausreichend wirksam zeigt, die nächste Militärmacht zu requiriren (Gesetz vom 22. November 1848 §. 12), beide aber in jedem bedenklichen Falle behufs der Bereithaltung unverzüglich zu benachrichtigen.

§. 3.

Ist die Behörde §. 1 abwesend oder behindert, so tritt, so lange dies der Fall, der Commandant der Communalgarde, nach erfolgter Requisition des Militärs aber der Commandant des letzteren an ihre Stelle.

Der Ausschuss berichtet darüber Folgendes:

Das Resultat der darüber, unter Berücksichtigung der von der ersten Kammer gefaßten Beschlüsse, gepflogenen Berathungen, beziehentlich unter Vernehmung mit dem Herrn Regierungscommissar, ist folgendes:

Die auch in der ersten Kammer zur Sprache gebrachte nothwendige Abänderung der Ueberschrift, wonach in derselben das Wort „Verordnung“ mit „Gesetz“ und die Worte „auf Grund §. 88 der Verfassungsurkunde“ mit „unter Zustimmung der Kammern“ zu vertauschen sind, hat, als sich von selbst verstehend, keine Veranlassung zu einem besondern darauf gerichteten Antrage gegeben.

Die

§§. 1, 2, 3

sind von der ersten Kammer unverändert in der Fassung der Regierungsvorlage angenommen worden, der Ausschuss ist jedoch der Ansicht, daß in

§. 1

anstatt der Worte: „gestört oder bedroht erscheint“ gesetzt werde: „gestört wird oder bedroht ist“, indem er glaubt, durch diese Fassung dem Ermessen der Behörden, unter Beseitigung jedes, durch das Wort „erscheint“ wenigstens möglichen Mißverständnisses, bestimmtere Grenzen anzuweisen, und empfiehlt demgemäß

§. 1 mit dieser Aenderung, die §§. 2, 3 aber, in Uebereinstimmung mit der ersten Kammer, unverändert zur Annahme.

Präsident Cuno: Zunächst wird Gelegenheit sein, über §. 1 zu sprechen, wo der Ausschuss die Aenderung einiger Worte empfohlen hat. Der Ausschuss will nämlich, daß statt der Worte: „gestört oder bedroht erscheint“, gesetzt werde: „gestört wird oder bedroht ist.“ Verlangt Jemand hierüber zu sprechen?

Staatsminister Behr: Ich darf wohl voraussetzen, daß der Kammer die eigenthümlichen Umstände bekannt sind, in deren Folge ich wenigstens über die Gründe der ursprünglichen Fassung dieses Gesetzes Auskunft zu ertheilen habe, indem ich früher den Auftrag hatte, dasselbe auszuarbeiten und daher im Stande bin, darzuthun, von welchen Beweggründen bei Stellung der einzelnen Worte in diesem Gesetze ausgegangen worden ist. Es ist die in Rede befangene Fassung übrigens auch schon in der ersten Kammer zur Sprache gekommen. Bei der Abfassung des Gesetzes ging man davon aus, daß sich zwei Fälle denken lassen, das wirkliche Vorhandensein dieser Zustände, nämlich der im Eingange des §. 1 angedeuteten Störung der öffentlichen Ruhe durch Volksauflauf, Aufruhr und Widersehung gegen die öffentliche Autorität, und dann, daß eine solche Störung nur erst nach den Umständen zu besorgen sei. Man wünschte also das Gesetz so zu fassen, daß es sowohl prohibitiv wirke, um die bevorstehende Gefahr zu vermeiden, als auch repressiv, um den wirklich schon ausgebrochenen Zustand zu beseitigen. Das ist der Grund der Fassung: „gestört oder bedroht erscheint“. Nur bei erstem Ausdrucke hat man die wirkliche Thatsache der Störung vorausgesetzt,